Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 1. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 25. **Halle, Freitag, den 16. Januar** **1914.**

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung. Donnerstag, den 15. Januar 1914.

Am Ministertisch: Dr. Lentze, v. Trott zu Solz, Sydow, v. Dallwitz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Ein schleuniger Antrag des Abg. Aronsohn und Genossen betr. Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Ernst wird angenommen.

Die erste Lesung des Etats.

(Dritter Tag.)

Abg. v. Heydebrand (Kons.):

Ich beabsichtige, mich möglichst wenig mit dem Etat zu beschäftigen, sondern mehr mit einigen anderen Dingen, die von den Vorrednern hier angeschnitten sind. Der Abg. Herold hat die Zirkularnote bemängelt, die der Landwirtschaftsminister hinsichtlich des religiösen Unterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen erlassen hat. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Landwirtschaftsminister bereits im vorigen Jahre eine sehr ähnliche Erklärung hier abgegeben hat und gesagt hat, daß die Staatsregierung Bedenken trage, eine solche Zulassung gegenüber den Gemeinden auszusprechen, weil er glaube, daß jemand, der das 14. Lebensjahr vollendet habe, über seine Religion bestimmen dürfe, und daß daher Bestimmungen der Aufsichtsbehörde zurückzuweisen seien. (Sehr richtig!)

Es wäre vielleicht am Platze gewesen, daß von seiten des Zentrums andere Gesichtspunkte neu hervorgehoben wären. Das ist aber nicht geschehen. Der Gegensatz ist bereits bei den Verhandlungen über die gewerblichen Fortbildungsschulen behandelt worden. 1911 wurde von uns erklärt, daß es den Gemeinden überlassen bleiben müsse, durch Statut entsprechende Anordnungen zu treffen. Zunächst war auch der Handelsminister anderer Meinung, hat dann aber die Erklärung abgegeben, daß er nicht beabsichtige, generell den Gemeinden eine Anweisung zu geben, sondern nur von Fall zu Fall. Darauf ist die Beschlußfassung so erfolgt, wie sie auch unseren Interessen entspricht. Meine grundsätzliche Stellung ist und ebenso die der meisten meiner politischen Freunde, daß man da, wo die Gemeinden es für passend halten, neben der staatsbürgerlichen Erziehung auch eine religiöse Unterweisung anzuordnen, nicht entgegentreten soll. Es macht einen eigenen Eindruck, hier bureaukratische Grundsätze gelten zu lassen, wie ich sie in unserer Zeit nicht mehr anerkennen kann. (Sehr richtig! links.) Es sind auch die großen Versuchungen, die an die heranwachsende Jugend herantreten, zu berücksichtigen. Ich bitte also, zumal bei den verschiedenen Instanzen nicht eine einheitliche Auffassung besteht, dem Gegenstand erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Sodann hat gestern der Abg. Wiemer das Wahlrecht zum Gegenstand einer ganz besonders scharfen Kritik gemacht. Wir sind mit dem Standpunkt des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern durchaus einverstanden. Die Regierung muß selbst entscheiden, wann sie eine neue Vorlage bringen will. Besondere Eile hat die Sache ja nicht. (Zustimmung rechts, heftiger Widerspruch links. Zuruf: Für Sie nicht!) Gewiß bedarf das preußische Wahlrecht in verschiedenen Punkten der Ergänzung und Berichtigung. Aber die Herren Sozialdemokraten wollen doch auch das Reichstagswahlrecht reformieren. Sie wollen es ausdehnen, zwar nicht auf alle vom vollendeten 14. Jahre an (Heiterkeit), aber doch auf alle Männer und Frauen vom 21. Jahre an. Schließlich werden die Geschäfte des Landes auch unter dem jetzigen Wahlrecht in zufriedenstellender Weise erledigt. (Widerspruch links.) Ich dachte, eigentlich nähmen Sie das auch für sich in Anspruch. Ich muß eigentlich die Selbstlosigkeit der Freisinnigen bei ihrem Eintreten für die Einführung des Wahlrechtes in Preußen bewundern. Soll es Ihnen hier auch gehen wie im Reiche, wo Sie bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange nicht ein einziges Mandat erhalten haben. Das ist doch wirklich ein hoher Grad von Selbstlosigkeit. (Sehr gut! rechts.) Die Freisinnigen hoffen wohl, daß ihnen bei diesem politischen Selbstmordversuch andere in die Arme fallen und sie an der praktischen Durchführung verhindern. (Heiterkeit.) Wenn Sie ein so ungestümes Verlangen nach dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht haben, machen Sie doch den Versuch einmal in Berlin! (Abg. Hoffmann (Soz.): Geben Sie denn Ihre Zustimmung dazu?) Das werden wir uns zu überlegen. Hier in Berlin würde wohl eine ganz famose Stadtverordnetenversammlung auf Grund dieses Wahlrechts zustande kommen, und ich glaube auch, daß die jetzige Stadtverordnetenversammlung immer noch besser arbeitet.

Der Fall Jagow hat die Presse der Linken in den letzten Wochen sehr lebhaft beschäftigt. Die Veröffentlichung in der Zeitung geschah ohne jede Beifügung seines Amtscharakters. (Lachen links!) Wenn gleichwohl sein Amtscharakter in der Zeitung erwähnt wurde, so ist das ohne sein Zutun, ohne seinen Willen und auch ohne Verantwortung geschehen. (Zuruf links: Er mußte das voraussehen!) Da ist gar nichts vorauszusehen. Wenn ich einer Zeitung etwas schicke, so setze ich voraus, daß es so aufgenommen werden soll, wie ich es eingeschickt habe. Das Gesuch ist erst durch die Zufügung des Amtscharakters entstanden. Es handelt sich ja dabei auch um gar keine Kritik des Kriegsgerichtsurteils, sondern um juristische Ausführungen, über deren Wert man allerdings verschiedener Meinung sein kann; ich glaube, Juristen sind immer verschiedener Meinung. (Heiterkeit.) Erinnern Sie sich doch an die Vorgänge bei dem Zedlitzschen Schulentwurf, gegen den ein aktiver Oberpräsident öffentlich Stellung nahm, oder an die Vorgänge bei dem Erfurter Urteil, wo die Presse der Linken an den Richtern kein gutes Haar ließ (Zuruf links: Das richtete sich gegen das Gesetz!). Das Gesuch hatte zur Folge, daß mitten in das Verfahren hinein ein Gesetz erlassen wurde. Das Geheimnis der Angriffe liegt darin daß Ihnen Präsident von Jagow überhaupt keine sympathische Persönlichkeit ist. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Ein Reisefreiter ist er allerdings nicht, aber er ist einer unserer tüchtigsten preußischen Beamten, von denen wir noch Bedeutendes für den Staat erwarten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Auch wir bedauern, daß Herr Dr. Friedberg durch Krankheit verhindert ist, und wünschen ihm eine baldige Genesung. (Beifall.) In seiner überaus sympathischen Rede hat Abg. Dr. Röchling das Kartell der schaffenden Stände, das sich in den letzten Monaten angebahnt hat, als einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der allgemeinen Verständigung bezeichnet. Auch wir sind dieser Meinung, denn auch wir sind nicht so einseitig, daß wir etwa nur landwirtschaftliche Interessen vertreten wollten, sondern wissen sehr wohl, daß auch andere Dinge in unserem Vaterlande notwendig sind und gefördert werden müssen. (Beifall rechts.) Auch in seinen Ausführungen über den Schutz der nationalen Arbeit kann ich ihm in vollstem Maße zustimmen und nur den Wunsch aussprechen, daß er in seiner Partei für seine Auffassung recht nachdrücklich wirken möge. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe b. d. Natl.) Dr. Wiemer hat sehr schöne Worte für die Landwirtschaft gehabt, — das empfiehlt sich ja auch im Parteiinteresse der Fortschrittler, daß sie die haben (Heiterkeit), gleichwohl finde ich das nahe Verhältnis der Nationalliberalen zu der Fortschrittspartei etwas bedenklich.

Dr. Röchling hätte auch nicht besondere Vorwürfe gegen die Agrarier als Industriegegner zu richten brauchen. Gewiß werden Sie es uns nicht verargen können, wenn wir bedenkliche Nebenerscheinungen der Ansammlungen der Industrie nicht ganz übersehen konnten. Ich will Ihnen gerne zugeben, daß wir Konservative frühzeitig die Entwicklung in einzelnen für die Industrie wichtigen Fragen nicht immer ganz das richtige Verständnis gehabt haben, aber wenn wir auch einmal zu weit gegangen sind, so haben wir doch gelernt und sind entfernt von einer grundsätzlichen Industriefeindschaft. Aber so sehr einseitig ist unsere Gegnerschaft gegen die Industrie doch überhaupt auch nicht gewesen. Die kapriziösen Handelsverträge, die so ausschließlich im Interesse der Industrie waren, haben geradezu die Landwirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht, und es waren Vertreter der Industrie, die sie gemacht haben. Herr Winckler, der auch Vertreter der Industrie war, später sich uns ja allerdings genähert hat (Heiterkeit), hat gesagt, es wäre jetzt höchste Zeit, daß nun auch einmal die Landwirtschaft daran käme. (Sehr richtig! rechts.) Aber lassen wir das begraben sein. Wir stehen auf demselben wirtschaftlichen Boden, und die wirtschaftlichen Kämpfe werden uns nicht trennen können. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben immer für den Wunsch des braunschweigischen Landes, wieder ein Mitglied seines angestammten Herrscherhauses auf dem Throne zu sehen, von unserm monarchischen Standpunkt aus vollstes Verständnis gehabt. Niemals haben wir den mindesten Zweifel daran gelassen, daß die Loyalität des Herzogs Ernst August über jeden Zweifel erhaben ist und nie haben wir geglaubt, daß er nach den Erklärungen, die er abgegeben, und nach dem Eid, den er geleistet hat, jemals seine Hand dazu bieten könnte, etwas zu tun, was gegen die Interessen Preußens und Deutschlands sein könnte. Deshalb sind wir auch gar nicht erstaunt gewesen, daß er seine ausdrückliche Zustimmung zu der Erklärung gegeben hat, die der Ministerpräsident vorgestern hier mitgeteilt hat. Bedauerlich war aber von unserem preußisch-nationalen Standpunkt aus, daß die welfische Bewegung doch fortlebt und sogar neu aufflackerte, was eine recht bedenkliche Sache ist. Wir waren im Zweifel, ob unsere Regierung alles getan hatte, was möglich war, um das zu verhindern. Ich bin nie so weit gegangen, einen Verzicht des Herzogs von Cumberland als absolut notwendig anzusehen. Man kann das schwer verlangen, man muß die subjektiven Momente verstehen, ich wage das nicht zu entscheiden.

Wir hätten aber gewünscht, daß die Sache in einer anderen Form zur Erledigung gekommen wäre. Es ist ja sehr schwer für uns, die wir die ganzen Vorgänge nicht zu übersehen vermögen, hier ein Urteil abzugeben, ob es möglich gewesen wäre, mehr zu erlangen. Wir lassen das dahingestellt. Es bleibt auch abzuwarten, was die Zukunft bringt. Wir sprechen aber die Hoffnung aus, daß die Entwicklung in der Zukunft die schwere Verantwortung, die die preußische Staatsregierung mit ihrem Schritt übernommen hat, nie in Erinnerung bringen möchte, und daß die Freude, die wir alle über die ehelische Verbindung empfunden haben, die im vorigen Jahr in unserem Königshaus stattgefunden hat, (Bravo!) uns dauernd ungestört erhalten bleibe. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien. Abg. Hoffmann (Soz.): Sie stimmen ja für die Welfen!)

Es bleibt mir nun nichts anderes übrig, als auf die elsässische Sache einzugehen. Das tut mir ja leid, denn sie ist ja schon totgeheißt, aber immerhin stand sie im Vordergrund unserer Beratung. Gegenüber dem Ministerpräsidenten muß ich doch behaupten, daß wir auch hier im preußischen Landtag ein gewisses Recht haben, über diese Dinge zu sprechen. (Sehr richtig! rechts.) Es hat doch vor zwei Jahren eine Verfassungsrevision in Elsaß-Lothringen stattgefunden, die nicht zustande kommen konnte, ohne daß die preußischen Stimmen im Bundesrat dafür abgegeben wurden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben diese Verfassungsänderung von Anfang an als ein höchst bedenkliches Experiment bezeichnet, und die weitere Entwicklung der Dinge hat doch, wie mir scheint, uns recht gegeben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir wissen ja auch ganz gut, daß süddeutsches Wesen nicht ohne weiteres mit dem preußischen Maßstab gemessen werden kann. Das versteht sich ganz von selbst; es gibt besondere Richtungen im deutschen Volksleben, auf die man Rücksicht nehmen muß. Das verstehen wir vollständig.

Wir sagten aber damals schon: die Hauptsache ist, ob das Land und seine Bevölkerung bereits diejenige Verbindung ihres ganzen Denkens, ihrer Auffassung und ihres Empfindens mit unserem deutschen Vaterland erlangt hat, daß man es wagen konnte, an dieser doch immerhin exponierten Stelle eine freie Entwicklung angahnen, die doch zweifellos immerhin gewisse Gefahren in sich tragen kann. (Sehr richtig! rechts.) Es scheint, als hätten wir recht, hat doch selbst die Elsaß-Lothringische Regierung sich seither zum Erlaß einer Reihe von Verordnungen genötigt gesehen, die darauf abzielen, der immer bedrohlicher werdenden französifierenden Tendenz in diesem Lande entgegenzutreten. Dies deutet doch darauf hin, daß sich die Verhältnisse nicht so geklärt haben, wie das erwartet wurde. Wir Preußen haben ein sehr großes Interesse an diesen Dingen, denn es kann der Fall eintreten, daß wir mit unserem Blut die dort begangenen Fehler gutmachen müssen! (Stürm. Sehr wahr! rechts.) Wenn man sieht, daß die ganze Organisation der Behörden dort unter — ich will mal sagen — freiheitlicherer Form eine Gestalt gewonnen hat, die uns nicht befriedigen kann, so ist das doch ein Grund mehr für unsere Auffassung. Wir haben gar keinen Zweifel, daß wenn die Behörden an ihrem Platz gewesen wären, wenn sie das getan hätten, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war, daß dann diese ganze odiose Sache nicht die Dimensionen hätte annehmen können, die sie angenommen hat. (Lebh. Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Das muß doch jeder Mensch zugeben, der die Berichte über die Vorgänge und über die Gerichtsverhandlungen gelesen hat. (Zurufe der Soz.: Und die Militärbehörden?) Vergessen Sie denn, daß die preußischen Soldaten dort in dieser gefährdeten Situation Wache halten für unser deutsches Vaterland!

Wir haben die Empfindung, daß man innerhalb der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegenüber diesem pflichttreuen Heer, das dazu da ist, auch die Gläser vor französischer Macht und französischem Einfluß zu schützen, diesen Zustand preußischer Macht und preußischen Machtwillens nicht ganz gerecht geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Daß aber müßte der Fall sein, wenn dieses Land so ganz deutsch wäre, wie man es nach 48 Jahren erwarten muß. Es muß uns doch zu denken geben: 200 Jahre hat dieses Elsaß unter einem französischen Herrschaftssystem gestanden, gegen das der schnedigste preußische Landrat noch der reinste Waisenknabe ist. (Heiterkeit links. Sehr gut! rechts.) Man hat den Elsässern die Schule und die Kirche genommen, man hat ihr Land verwüstet und es in dieser Beziehung in den napoleonischen Kriegen bis aufs Blut ausgesaugt und diese Bevölkerung, die ihrer ganzen Vergangenheit nach deutsch ist, hat zu einem großen Teil nach Sympathien für Frankreich. (Zuruf von den Soz.: Wie muß man sie da behandelt haben!) Man versteht und behandelt unsere Truppen dort nicht in der Weise, wie man es tun müßte, wenn das Volk den deutschen Anforderungen so gerecht geworden wäre, wie man das nach unserem ganzen Verhalten in diesen 48 Jahren dem Reichsland gegenüber hätte erwarten können. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das Votum des Reichstages haben wir nicht mit Freuden gesehen. (Zuruf links: Herrenhaus!) Ich freue mich ja, daß Herr Röchling erkennen ließ, daß dieses Reichstagsvotum der nationalliberalen Partei doch nachträglich mehr oder weniger bedenklich geworden ist. (Lebh. Zurufe der Ntl.: Nein, nein! — Hört, hört und Lachen rechts!) Herr Röchling hat es doch wesentlich anders dargestellt. (Ern. Widerspruch links.) Es war aber ungerecht von ihm, die ganze Schuld auf den Reichskanzler zu laden, dafür, daß eine solche Beschlußfassung zustande kommen konnte. Ich bin ja nun nicht der Vertreter des Reichskanzlers (Abg. Adolf Hoffmann: Sein Vorgesetzter!), aber vergessen Sie doch nicht, daß der Reichskanzler Ihnen als Verfechtung der militärischen Interessen in seinen Worten die mehr konzediert hat, als die militärischen Gerichtsurteile selbst nachher konstatiert haben. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Wenn ich Ihnen (zu den Ntl.) einen Rat geben kann, dann wäre es der, in dieser Situation ganz offen zu sagen: Gott, wir hatten schon vor der Rede des Reichskanzlers gewisse Verhandlungen geführt, dem Mißtrauensvotum zuzustimmen, die flammenden Reden hatten ja etwas Suggestives, wir haben uns hinreißen lassen, man kannte ja die Verhältnisse nicht, wir haben uns übereilt. — Gott, das kommt jeden Tag einmal vor! (Gr. Heiterkeit rechts, Unruhe links.) So etwas konnte man verstehen! (Zurufe links: Und das Zentrum?)

Der Ministerpräsident hat vorgestern an unsere Adresse Worte gerichtet über unser Verhalten gegenüber der Besitzsteuervorlage. Er hat ja selbst gesagt, diese Besitzsteuergesetze und vor allem das Vermögenszuwachsgesetz seien ihm doch auch sehr bedenklich erschienen und er habe sie nur sehr ungern mitgemacht. Das kann ich vollständig verstehen. Wenn er aber den Versuch gemacht hat, dafür uns verantwortlich zu machen, so meine ich, daß er doch da uns nicht ganz gerecht geworden ist. Der Ministerpräsident hat Ausführungen zitieren zu sollen geglaubt, die ich selbst vor Jahren im Reichstag gemacht habe, daß wir bereit sein würden, für des Reiches Ehre und Schutz unseren Besitz auf den Altar des Vaterlandes zu legen. Ich habe nicht recht verstanden, was das für einen Zweck gehabt haben soll, auf diese Vorgänge zurückzugreifen. Wir haben dem Reiche nichts versagt. Wir haben nicht nur jeden Mann, sondern auch jeden Groschen bewilligt. (Lebhafter Beifall rechts und Widerspruch b. d. Soz.) Selbst wenn die Besitzsteuer abgelehnt worden wäre, war bereits durch schon gefaßte Beschlüsse über andere Gesetze eine Sicherung jeder militärischen Forderung bis zum 1. Januar 1917 gegeben, und wenn bis zum 1. Januar 1917 ein Gesetz nicht zustande gekommen wäre, so hätte etwas in Kraft treten müssen, was unsere Reichsverfassung vorsieht, nämlich die Matrikularbeiträge. (Sehr gut! b. d. Kons.)

Dem, was damals von mir aus im Reichstag erklärt worden ist, haben wir im vollsten Maße genügt. Der Ministerpräsident ist ja weit zurückgegangen, bis zum Jahre 1906, und hat die Einbringung des damaligen Erbschaftssteuergesetzes für Descendenten und Ehegatten als den ersten Schritt der bedenklichen Entwicklung bezeichnet, die zu dem Besitzsteuergesetz geführt habe. Ja, das war der erste Fehler, der da gemacht worden ist. Wir haben ihn ja nicht gemacht, wenn auch ein großer Teil meiner politischen Freunde, die Mehrheit, für das Gesetz gestimmt hat. Ich habe schon damals gesagt: Seht Euch vor, die Sache hat noch Konsequenzen. Ein Staatsmann kann ja nicht unter allen Verhältnissen garantieren, was die Zukunft vielleicht auch ihm selbst als notwendig erscheinen lassen muß. (Zuruf b. d. Soz.) Das gilt auch, wenn Sie an die Regierung kommen. Dazu brauchen wir keinen Tag von Damaskus, sondern nur das Pflichtgefühl für die salus publica. Aber obwohl der Reichskanzler von Bülow und auch Herr von Rheinbaben erklärt hatten, daß niemals der Tag kommen werde, kam doch 1909 das Erbschaftsgesetz für Descendenten und Ehegatten. Der Ministerpräsident meinte, daß erst durch die Ablehnung der Erbschaftssteuer diese große Finanzreform von 1909 zustande kommen konnte. Nur der Ablehnung der Erbschaftssteuer verdanken wir es, daß das Reich einigermaßen finanziell dasteht (Lachen links), und deshalb darf man auch diese Ablehnung nicht als einen verhängnisvollen Schritt bezeichnen. Der Reichskanzler sagte, er wäre durch den Antrag Bassermann-Erzberger in eine gewisse Zwangslage versetzt worden. Dieser Antrag ist durch Stimmen des Zentrums und der Konservativen wesentlich mit angenommen worden. Zentrum und Konservative haben aber ausdrücklich erklärt, daß sie dabei nicht etwa gar an die Erbschaftssteuer oder etwas ähnliches denken, sondern etwa auch an die Aufbringung durch Matrikularbeiträge. Graf Westarp hat ausdrücklich gesagt, daß dieser Antrag nicht die Notwendigkeit enthalte, nun etwa alle zukünftigen Vorlagen auf dieser Grundlage aufzubauen.

Auch die Auffassung der Verbündeten Regierungen hierüber war geteilt. Schatzsekretär Kühn hat selbst gesagt, daß durch den Antrag Bassermann-Erzberger keineswegs alles für die Wehrvorlage durch Besitzsteuern aufgebracht werden müsse. Es ist auch nicht richtig, daß wir uns grundsätzlich gegen das Sicherungsgesetz von vornherein ausgesprochen hätten. Graf Westarp hat es ausdrücklich in der ersten Lesung für eine durchaus geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen bezeichnet. Und die Konservativen sind immer wieder auf die Regierungsvorlage zurückgekommen. Wir haben uns auch nicht mit der Abjudtheit, wie der Ministerpräsident behauptet, gegen die Besteuerung des Kindeserbes ausgesprochen. Wir haben der Regierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140116013/fragment/page=0001

keine besonderen Schwierigkeiten bereitet, haben sie allerdings auch nicht allgemein unterstützt. Herr Bassermann hat doch selbst gesagt, daß der Reichskanzler nationalliberale Politik macht. Daß die Nationalliberalen diese unterstützen, ist nur natürlich. Diese Unterstützung nimmt allerdings manchmal Formen an, die etwas auffallend sind. (Heiterkeit.) Wir unterstützen gewiß gerne die Regierung hier und im Reiche, aber wir können unsere Ueberzeugung nicht aufgeben. Man darf dann auch nicht sagen: Ich kann nicht weiterkommen, weil mich die Konservativen nicht unterstützen. Die Haltung der Regierung dem Reichstage gegenüber war im vorigen Jahre so, daß Graf Schwerin-Löwitz sagte, ein derartiges Verhalten der Regierung wäre ihm in seinem ganzen politischen Leben noch nicht vorgekommen.

Das Kompromiß, welches angeblich sogar unter Anwesenheit des Schatzsekretärs zustande gekommen ist, war etwas ganz anderes als die Regierungsvorlage. Die Haltung der Regierung war der Hauptgrund, daß die Sache so gekommen ist. Gewiß war ihre Lage außerordentlich schwierig, und ich gebe zu, daß das, was schließlich herausgekommen ist, vielleicht der einzig mögliche Weg für die Regierung war. Wenn man selbst den Eindruck erweckt, daß man zu seinen Vorlagen kein Vertrauen hat, kann man sich wirklich nicht wundern, wenn alles drunter und drüber geht. Dabei hatte die Regierung doch im vorigen Jahre so wirksame Waffen in ihrer Hand; sie mußte doch die Stimmung im Lande kennen, sie mußte wissen, daß das ganze Land die Wehrvorlage wollte. Warum hat sie da nicht die Volksvertretung zum Teufel gejagt? (Zurufe links.) Keine Partei konnte es wagen, die Wehrvorlage zum Scheitern zu bringen, auch nicht die Sozialdemokratie. (Zurufe b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten halten in der Sache eine Heidenangst gehabt. (Beifall und Heiterkeit rechts.) Die Regierung hat schließlich eine Lösung gefunden, die nicht nur den vollsten Beifall der Sozialdemokraten fand, sondern die es ihnen sogar ermöglichte, dafür zu stimmen, obwohl sie grundsätzlich alle Rüstungsausgaben ablehnen. Bei der ganzen Lage war damals doch keine Partei der Regierung gegenüber wehrfähig — ich nehme auch meine Partei nicht aus —, aber die Regierung mußte die Macht gebrauchen, die sie hatte. (Sehr richtig! rechts.)

Die Lage, die nunmehr geschaffen ist, ist furchtbar ernst. Der Wehrbeitrag ist ja so eingerichtet, daß man nunmehr alles auf den Besitz legen kann. Die Haltung der Sozialdemokraten verstehe ich vollständig. Sie nährt eine gewisse Unzufriedenheit, denn dann blüht ihr Weizen. Aber es gibt auch Situationen, wo der Besitz, den Sie so belasten wollen, überhaupt nicht mehr weiter kann. Sie haben kein Verständnis dafür, daß der besitzende Arbeiter ein Kulturfaktor ersten Ranges ist, der es allein ermöglicht, die kolossalen Leistungen für die Arbeiter aufzubringen. Auch der besitzende Arbeiter kann eines Tages nicht weiter. Er ist umschwärmt von den Behörden, die ihm jeden Tag neue Lasten auferlegen können, er ist heutzutage minderen Rechtes. Man braucht bloß ein Arbeiter zu sein, um heute Recht zu haben. (Widerspruch b. d. Soz.) Das nennt man großzügige Sozialpolitik. Aber die Stunde kann kommen, wo man mit der Belastung des Besitzes nicht weiter kommt, wo man lieber sagt: Machen Sie mit Ihrer Revolution ernst (Zuruf b. d. Soz.: Wir lassen uns nicht verlocken!), dann geht wenigstens alles drunter und drüber. Ein Staatsmann, eine Regierung, eine staatserhaltende Partei kann das auf die Dauer unmöglich mit ansehen. Wenn das im Reiche so weitergeht, haben wir in den Einzelstaaten schließlich nicht mehr die Möglichkeit, unsere Pflichten gegen Aufgaben für Kultur, Bildung, gewerbliche Institute und unsere Beamte zu erfüllen. Dann ist man am Ende unserer staatlichen Selbständigkeit und damit am Ende dessen, was das Deutsche Reich ausmacht. Wir sind gute Deutsche. Wir würdigen die großen nationalen Werte, die wir der deutschen Einheit verdanken und wollen nicht eingreifen in das, was dem Deutschen Reich durch die Reichsverfassung gegeben ist. Aber wir können unter keinen Umständen dulden, daß in unsere Verfassung, in unsere Rechtssphäre eingegriffen wird. Es würde nicht zum Segen des Reiches sein. Wir müssen die föderalistische Grundlage des Deutschen Reiches erhalten.

Wer es gut meint mit dem Deutschen Reich, sollte alles vermeiden, was diese Grundlage anrührt. So gut wir wissen, daß wir unsere Ziele auf wirtschaftlichem Gebiete nicht anders erreichen können, als wenn wir Hand in Hand mit den anderen erwerbenden Ständen und unter Wahrung auch ihrer Interessen gemeinschaftlich zusammenarbeiten, so überzeugt wir sind, daß die Reichsleitung auch auf diesem Boden steht, so überzeugt sind wir auch, daß die Erhaltung der letzten Grundlagen unseres preußischen Staates auch die Aufgabe unserer preußischen Staatsregierung sein muß und in der Tat auch ist. Trotz alles dessen, was wir ausgesprochen haben, ist auf seiten meiner politischen Freunde die Ueberzeugung, daß, wenn und insoweit die deutsche Staatsregierung die Wege geht, die nach ihrem und unserem Ermessen dem Segen und der Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches dienlich sind, sie dann die Unterstützung der Konservativen haben würde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Konservativen.)

Präsident Graf Schwerin: Es ist nicht üblich, den Beifall durch Händeklatschen zu äußern.

Abg. Dr. Bell-Essen (Zentr.):

Die diesjährige Etatsberatung ist charakterisiert dadurch, daß in ungehöriger Weise Dinge, die vor den Reichstag gehören, hier abgeurteilt wurden. Man fühlte sich öfter an eine Vorstellung des „Sommernachtstraums" erinnert, indem man eine — drehbare Parlamentsbühne in Funktion zu sehen glaubte. (Sehr gut! im Zentr.) Unsere Politik wird nicht dem Ministerpräsidenten zuliebe oder zuleide gemacht, sondern nur nach unserer Pflicht und Ueberzeugung. Daß die Sozialdemokratie uns gestern ihr Mißtrauen in der Wahlrechtsfrage aussprach, ist uns gleichgültig. Das Herrenhaus und die Staatsregierung lehnen das Reichstagswahlrecht bekanntlich ab, es hat also keine Aussichten. Wir haben seinerzeit unsern Standpunkt mit aller Deutlichkeit festgelegt, wir haben gesagt, daß wir unter keinen Umständen für eine Verschlechterung zu haben wären. Und dabei bleiben wir. Der Besitzzuwachssteuer haben wir nur zugestimmt, um das große Wert der Wehrvorlage nicht zu gefährden, wir haben aber geschlossen die Einbeziehung des Kindeserbes abgelehnt. Die Wege der verbündeten Regierungen sind manchmal sehr wandelbar und unverständlich, manchmal glaubt man sich fast bei Betrachtung dieser Wege in Kastans Irrgarten versetzt. (Heiterkeit.)

In Uebereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten meine ich, daß es so nicht weiter gehen kann, daß wir für absehbare Zeit mit neuen Steuern verschont werden müssen. (Zustimmung im Zentr.) Dagegen wünschen wir, daß derselbe Kurs unserer bewährten Wirtschaftspolitik und des Schutzes der nationalen Arbeit weiter gesteuert wird. Die gestrigen Erklärungen des Ministers auf die Beschwerden des Abg. Herold haben uns nicht befriedigt. Es besteht tatsächlich bei fast allen Beamtenklassen eine Imparität zu ungunsten der Katholiken. Auf die Dauer können wir uns das nicht gefallen lassen. Wenn wir an allen Gesetzen so eifrig mitarbeiten, dann sollte man doch schon aus Gerechtigkeitsgründen unsere Wünsche erfüllen. Die Lösung der Braunschweiger Frage halten wir für sehr glücklich, hier sind wir zu unserer Freude ganz mit dem Reichskanzler einverstanden. Um so unerfreulicher ist der Fall Zabern. Nach den Angriffen auf unsere Reichstagsfraktion muß ich leider auch darauf eingehen, obwohl wir meinen, daß die Erörterung dieses Falles nicht hierher gehört. Was wir im Reichstag getan haben, dafür übernehmen wir allein die Verantwortung. Die Herren, die uns Vorwürfe gemacht haben, haben wahrscheinlich den Kern der ganzen Frage nicht erfaßt. Unser Fraktionsredner hat in ruhiger und sachlicher Weise darauf hingewiesen, daß durch die Ausschreitungen eines jungen Offiziers in der gut deutschen Stadt Zabern eine begreifliche Mißstimmung entstanden sei. In die Schuldfrage hat er mit keinem Worte eingegriffen, er hat im Gegengeteil von den berufenen Organen Aufklärung hierüber verlangt. Wenn der Reichskanzler auch im Reichstag so klar gesprochen hätte wie hier und im Herrenhause, dann hätte die Verhandlung ein ganz anderes Ergebnis gehabt, dann wäre es nicht zu einem solchen Votum gekommen. Aber im Reichstag hat der Reichskanzler kein Wort von dem Rechtsstandpunkt gesagt, auf den der Oberst von Reuter sich gestellt hat, deshalb konnten wir gar nicht anders stimmen, als wir taten.

Die ganze Haltung des Obersten gründet sich auf die Kabinettsorder von 1820, aber davon wurde uns im Reichstag kein Wort gesagt. Es ist aber keine Rede davon, daß wir uns von den Sozialdemokraten haben ins Schlepptau nehmen lassen; wir haben nur nach unserer Ueberzeugung gestimmt. Eine antimilitärische Tendenz hat uns ganz ferngelegen; wenn die Armee angegriffen wird, dann werden auch wir sie verteidigen. Wir bedauern sehr, daß in Zabern Ausschreitungen vorgekommen sind, aber die Bevölkerung der guten deutschen Stadt darf man dafür nicht verantwortlich machen. Es handelte sich nur um Ausschreitungen Einzelner. Wie wird es nun aber in Zukunft werden? Daß sich der Offizier bei tätlichen Angriffen selbst verteidigen muß, ist selbstverständlich. Bei anderen Angriffen jedoch unterliegt der Offizier den Zivilgesetzen, deshalb müssen dann Zivilbehörden den Offizieren und Soldaten auch den nötigen Schutz angedeihen lassen. Wenn die Zivilbehörden versagen, muß sofort die Entscheidung der höchsten militärischen Stelle angerufen werden, ob sich das Militär selbst helfen soll.

Die Frage, ob die Kabinettsordre von 1820 noch gültig ist, ist strittig und muß deshalb so bald wie möglich geklärt werden. Es ist sogar noch nicht einmal festgestellt, ob auch alle militärischen Instanzen Kenntnis von dieser Kabinettsordre hatten; daß die Zivilbehörden sie nicht kannten, ist wohl zweifellos. Zur Vermeidung von Differenzen müssen deshalb auch die Zivilbehörden entsprechend instruiert werden. Für Bayern gibt es eine solche Schrift nicht. Hoffentlich wird in Zabern bald die Ruhe wieder eintreten. Die Zentrumspartei hat von Anfang an die Aufrechterhaltung des Grundcharakters des Reichs als eines Bundesstaates und der Selbständigkeit der Einzelstaaten an die Spitze ihres Programms gestellt. Wir werden stets die historisch gerechtfertigte Vormacht Preußens aufrechterhalten. Das legt Preußen aber auch die Pflicht auf, auf allen kulturellen Gebieten in Deutschland voran zu sein und voran zu bleiben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schiffer-Magdeburg (Natl.):

Die Erklärungen des Reichskanzlers in der braunschweigischen Angelegenheit haben erfreulicherweise die letzten Schatten einer Trennung zwischen dem preußischen Volk und dem Herzog von Braunschweig beseitigt. Wenn die Welfenpartei sich auch nicht sogleich auflöst, so wird sie doch bald der Agonie verfallen. Wir stimmen mit Herrn v. Heydebrand darin überein, daß, wenn wieder ein neuer Geldbedarf des Reichs eintritt, muß die Besitzsteuer ausgebaut werden, oder andere Wege, etwa Monopole, ernsthaft erwogen werden. Die Konservativen wünschen immer nur eine starke Regierung, wenn sie mit ihr gehen. Den schwersten Stoß haben sie der Autorität der Regierung selbst im Jahre 1909 versetzt. Wenn die Konservativen nur gegen die Erbschaftssteuer gestimmt haben, um die Finanzreform zustande zu bringen, so hätte sie doch jetzt für die Erbschaftssteuer eintreten können. Die Konservativen verteidigen sich dadurch, daß sie andere angreifen und uns an die Seite der Sozialdemokraten zu drängen suchen. Eine Verabredung mit den Sozialdemokraten hat von unserer Seite nicht stattgefunden. Die Besitzsteuer wäre auch ohne die Sozialdemokraten angenommen. Wir haben uns nicht auf die Erbschaftssteuer, die wir für besser als die Vermögenszuwachssteuer halten, versteift, um nicht in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie zu gelangen. Aber wir haben uns mit aller Wucht dafür eingesetzt, daß nichts hinausgeschoben wurde. (Sehr richtig! b. d. Nationalliberalen.)

Es ist ein Unglück, nicht verstanden zu werden. Aber außer Heydebrand ist auch Westarp mißverstanden worden. 1912 hat er zum Vorschlag Bassermann-Erzberger gesagt: Wir halten den Gedanken einer Vermögenssteuer im Reich für diskutabel. (Hört! Hört! links.) Das müßte also bedeuten: darüber läßt sich reden. Aber bewahre: diskutabel heißt nicht akzeptabel. (Heiterkeit links.) Westarp wollte sich einer theoretischen und wissenschaftlichen Erörterung nicht entziehen. (Heiterkeit links.) Im Herrenhaus hat man geglaubt, die Aktion der Konservativen sei ein Mißtrauensvotum. Das ist auch ein Mißverständnis gewesen. (Heiterkeit links.) Verwahrung müssen wir gegen die Unterstellung des Herrenhauses einlegen, als ob wir als Wahlparlament unsere Beschlüsse nicht selbständig faßten. (Beifall links.) Wollte man damit vielleicht andeuten, daß man das Volk, von dem man so große Opfer verlangt, nur als Objekt der Gesetzgebung betrachtet? Das würde auch für die Monarchie verhängnisvoll sein, denn das Wohl des Staates beruht, wie es in dem Liede heißt, auf der Liebe des freien Mannes, oder wie ich sagen möchte, auf der freien Liebe des freien Mannes. (Stürmische Heiterkeit.) Die Wendung des Herrn v. Heydebrand, man solle den Reichstag zum Teufel jagen, entspricht nicht der Würde, die jene Körperschaft verlangen darf. (Zustimmung links.) Herr v. Heydebrand hat die Fortschrittspartei etwas ironisch behandelt und diesen scherzhaften Ton auch bei der Behandlung des Falles Jagow beibehalten. Es mußte doch jeder wissen, wer dieser Dr. v. Jagow war. (Sehr richtig! links.) Auch wir halten ihn für einen tüchtigen Verwaltungsbeamten, wenn wir ihm auch nicht die glänzenden Aussichten eröffnen können wie Herr v. Heydebrand. Ich hoffe, daß er seinen Weg machen wird, wenn er Ausflüge auf das juristische Gebiet unterläßt. (Heiterkeit.) Seine guten Ratschläge hätte Herr v. Heydebrand nicht nur an uns richten sollen, sondern auch an das Zentrum. (Sehr richtig! links.)

Halten Sie sich fern von übertriebenen extremen Forderungen. Sie können sicher sein, daß wir die Linie, die wir jetzt inne haben, nach allen Seiten wahren und verteidigen werden. (Sehr gut! bei den Natl.) Der Ministerpräsident hat vorgestern die Berufung auf das uneingelöste Königswort getadelt! Die Thronrede sei eine Regierungsaktion wie jede andere, und man dürfe den König nicht hineinbringen. Das scheint mir um so mehr zweifelhaft zu sein, als gerade auch eine Autorität wie Dr. Heydebrand offenbar ganz anderer Meinung ist. Wir verlangen direkte und geheime Wahl, da bei den gegenwärtig zugespitzten Verhältnissen es allmählich zu einer Verkehrung der eigentlichen Grundlage des Wahlsystems kommt. Wenn der Minister des Innern gesagt hat, es bestände kein Interesse zur Aenderung des Wahlrechts, weil die Leute nicht zur Wahl kommen, so sage ich dem gegenüber: Sie kommen nicht zur Wahl, weil sie wissen, daß sie nichts ändern können, und vielleicht die schwersten wirtschaftlichen Nachteile von ihrer Wahl haben. Darüber sind wir uns alle einig; nicht nur, wie Freiherr von Zedlitz gesagt hat, die wahrhaft Nationalliberalen. Wie will er überhaupt den einzigechten nationalen Ring herausbekommen? Wer sind denn z. B. die eigentlich Freikonservativen? (Heiterkeit links.) Das ist furchtbar schwer herauszubekommen, teils Bauernbund, teils Bund der Landwirte, teils andere Bünde. Bei Freiherrn v. Zedlitz wissen wir allerdings, daß er ganz unzweideutig handelt. (Heiterkeit links.) Wir finden uns immer zusammen, weil wir bei aller Nüancierung in einzelnen Fällen eine gemeinsame Grundanschauung haben. Bei der Rede Röchlings wollen Sie nicht vergessen, daß er die Abstimmung der Reichstagsfraktion billigte und für richtig hielt.

Von einer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie kann gar keine Rede sein. Das hat selbst der Reichskanzler anerkannt. Es handelt sich am 9. Dezember doch nicht um die Frage, ob für oder gegen Zabern? Um für oder gegen das Militär? sondern einzig und allein darum, ob der Reichskanzler in der einen Frage den Intentionen des Reichstags entsprochen hat. Leider hat in Zabern lange eine feste Hand gefehlt. Niemals ist bei uns die Meinung hervorgetreten, als ob in Zabern eine wilde Soldateska auf das Zivil losgelassen wäre. Das nur hat Herr Röchling betont. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir nun alles billigen, was das Militär getan hat. Deutschland ist ein Staat, der auf dem Gesetz basiert ist, das ist ganz selbstverständlich. Daß wir stets unsere Pflicht getan haben gegenüber dem Vaterlande, das beweist die ganze Geschichte unserer Partei, das haben wir so viele Jahre lang durch die Tat bewiesen. Mit Hurrarufen und schönen Worten allein ist es nicht getan.

Dringend nötig ist es, daß die Rechtsbeständigkeit der Kabinettsorder von 1820 festgelegt wird. Auch dieser Fall zeigt wieder, wie recht ich hatte, als ich zu wiederholten Malen auf die Unzulänglichkeit unserer Rechtszustände hinwies. Bedauerlich ist, daß in manchen süddeutschen Staaten die Achtung vor unserer preußischen Eigenart nicht immer gewahrt worden ist. Wenn das Deutsche Reich nichts sein sollte, als eine Fortsetzung des Zollparlaments, dann hätte es sich nicht gelohnt, den Krieg von 1870 zu führen und einen deutschen Kaiser zu wählen. Aber die Gründung des Deutschen Reiches war die Erfüllung eines alten Volkstraums und mußte deshalb auch eine höhere Kultur zur Folge haben. Dabei darf der preußische Geist, die preußische Eigenart nicht verloren gehen, niemals darf man vergessen, was Preußen für das Reich geleistet hat. Die preußische Eigenart muß hineinwachsen in den Charakter der anderen Staaten: Preußisches Eisen ins deutsche Blut! (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Ueber meine Anschauungen über den Beruf Preußens im Reiche besteht wohl nach meinen Ausführungen im Herrenhause kein Zweifel mehr. Die ganze Kraft des Staatsgedankens, den Preußen verkörpert, muß im Reiche zum Ausdruck gebracht werden und selbstverständlich auch in den Reichslanden. Wenn ich mich im Reichstag dagegen gewandt habe, daß man aus dem süddeutschen Reichsländer einen norddeutschen Preußen machen wolle, so galt das nur gegenüber den Klagen, daß im Elsaß nicht alles nach preußischem Muster geschehe. (Sehr richtig!) Derartige Klagen sind in einem Teil der Presse, im Parlament habe ich sie noch nie gehört, erhoben worden, und gegen solche Klagen wollte ich Front machen. Aber, im übrigen, ich werde meinen Beruf fortdauernd darin sehen, auch ich bin ein Preuße, das preußische Staatswesen zum Ausdruck zu bringen in den Geschäften des Reiches, in den Geschäften der ganzen deutschen Gesamtheit. Denn wenn das nicht geschieht, dann ist alle Arbeit, die Preußen geleistet hat, seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts für die Errichtung des Deutschen Reiches, vergeblich gewesen, und das soll sie nicht. (Beifall rechts.)

Ich bin zu meinem lebhaften Bedauern heute vormittag durch anderweite dringende Dienstgeschäfte verhindert gewesen, an Ihren Beratungen teilzunehmen. So bin ich darauf angewiesen, hier zu sprechen lediglich auf Grund flüchtiger Berichte, die mir in den letzten Minuten haben erstattet werden können. Trotzdem glaube ich, daß ich auf gewisse Ausführungen, die hier mit Bezug auf meine vorgestrige Rede gemacht worden sind, mit einer Antwort nicht zögern darf, ich bitte nur im voraus um Entschuldigung, wenn ich in der Auffassung dessen, was gesagt worden ist, nicht so gründlich habe unterrichtet werden können, daß mir im einzelnen vielleicht Nuancen der Reden, die hier gehalten worden sind, nicht entfallen sind. M. H., mir ist berichtet worden, daß in den Worten des Herrn Abg. v. Heydebrand sich der Satz befunden habe, als sei es, als ich das letzte Mal hier sprach, über die Reichssteuern des vorigen Jahres, mein Bestreben gewesen, die Verantwortung für diese Reichssteuergesetzgebung von mir abzuwälzen und die konservative Partei mit verantwortlich zu machen.

M. H., es liegt nicht in meiner Art, die Verantwortung, die ich zu tragen habe — sie ist ja reichlich groß —, abzuschieben auf irgend einen anderen Menschen oder irgend eine andere Partei. Ich bin mir der Verantwortung, die ich zu tragen habe, voll bewußt, m. H., und ich möchte den Wunsch aussprechen, daß auch diejenigen, die an meiner Politik Kritik üben zu müssen glauben, doch auch berücksichtigen möchten, daß die Verantwortung, die ich trage, nicht ein ganz leichtes Gewicht ist. Ob ein Schritt, den ich tue, richtig ist, das zeigt sich nicht heute und das zeigt sich nicht morgen, sondern das zeigt sich in den meisten Fällen erst nach einem Jahrzehnt oder nach 20 Jahren. Und, m. H., Sie können versichert sein, daß es auch mich manche schlaflose Nacht kostet, wenn ich vor einer schwerwiegenden Entscheidung stehe, mich zu fragen: Tust du hier auch das, was deinem Volke dienlich sein wird. Aber das ist das einzige Programm, das ich mir setze, das ist der einzige Imperativ, der meine sämtlichen Handlungen dirigiert. Und da möchte ich bitten, m. H., daß Sie bei einer solchen Situation — es bezieht sich das nicht auf das, was nach den Berichten, die ich bekommen habe, der Herr Abg. v. Heydebrand gesagt hat — aber ich möchte auch bitten, daß man mit den Vorwürfen, die ja so billig sind wie Brombeeren: der Schwäche, der Passivität, des Schleifenlassens der Zügel am Boden, doch etwas vorsichtiger sei.

Derartige Vorwürfe sind nur zu neulich vom Abgeordneten Winckler reichlich gemacht worden. Es ist die geschickte, etwas ungewöhnliche Form gewählt worden, Zeitungsartikel zu verlesen, die eine möglichst mißwollende Kritik meiner Politik enthalten. Derartige Vorwürfe liegen auf der Straße und können von jedem aufgesammelt werden. (Bewegung. Lebhaftes Hört! Hört und Zustimmung links.) Sie sind noch jedem preußischen Staatsmann gemacht worden, nicht mir allein. Aber ich möchte bitten, wenn solche Vorwürfe wiederholt werden sollten: denken Sie daran, daß es das Verantwortlichkeitsgefühl ist, was mich handeln läßt und an dieser Stelle hält, solange ich das Vertrauen meines königlichen Herrn genieße oder bis ich die Ueberzeugung erlange, daß ich den verlangten Dienst nicht mehr leisten kann. Dann werden Sie mich keinen Tag länger hier sehen! (Nach einer Pause fortfahrend:) Wodurch ist denn meine letzte Rede entstanden? Ich habe Reichsangelegenheiten hier nicht aufs Tapet gebracht. Ich bin der Ansicht, daß man doch etwas vorsichtig sein und nicht so viel über Reichsangelegenheiten sprechen sollte, sonst kommt man dazu, Menschen oder Parteien wegen ihrer Haltung Vorwürfe zu machen, die nicht in der Lage sind, sich hier zu verteidigen.

Ich bin zu meiner Rede veranlaßt worden durch Angriffe, die gegen mich gerichtet waren, und da war es meine Pflicht, die Sache ohne jeden polemischen Ton zu besprechen. Wir leben in einer viel zu ernsten Zeit, als daß wir uns gegenseitig hier zanken sollten (Erneute Bewegung — lebh. Sehr richtig! links und im Zentrum), wir haben Besseres zu tun! (Zustimmung.) Ich habe jeden solchen Ton vermieden, aber es war meine Pflicht, geschichtlich darzustellen, wie die Situation von 1918 entstanden ist, und entgegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140116013/fragment/page=0002

den Ausführungen, wie sie mir als von Herrn v. Heydebrand gemacht mitgeteilt worden sind, muß ich daran festhalten, daß die Lex Bassermann-Erzberger die verbündeten Regierungen zwang, ein allgemeines Besitzsteuergesetz vorzulegen. Und diese Verpflichtung der verbündeten Regierungen ist nicht dadurch erschöpft worden, daß wir den einmaligen Wehrbeitrag gefordert haben. Ich habe neulich ausgeführt, daß es communis opinio gewesen ist, daß im Reich bei größeren neuen Anforderungen der Besitz mit herangezogen werden müsse.

Wenn ich nun bei der Deckung der laufenden Ausgaben der Wehrvorlage den Besitz unberücksichtigt gelassen hätte, so wäre die Folge gewesen, daß wir vom Reichstag die Steuervorlagen, die ich an Stelle einer Besitzsteuervorlage gemacht hätte, abgelehnt worden wären und eine Mehrheit des Reichstags mir eine Besitzsteuer präsentiert hätte. Dann trat der Zustand ein, den Sie (nach rechts) nicht wünschen und den auch ich vermeiden will, daß der Regierung die Führung aus der Hand genommen wird und sie agieren soll auf Grund von Vorschlägen des Parlaments. Deshalb ist es meiner Ueberzeugung nach richtig gewesen, daß wir zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage eine Besitzbesteuerung gemacht haben. Herr v. Heydebrand hat weiter den Vorwurf erhoben, daß die Regierung ihre Vorlage schlecht vertreten habe, und hat bei dieser Gelegenheit auch Bemerkungen über das Verhalten des Schatzsekretärs gemacht, die zeigen, wie bedenklich es ist, solche Reichsangelegenheiten vor das Forum der Einzelstaaten zu ziehen — selbstverständlich bestreite ich nicht die Berechtigung hierzu an sich —, aber hier werden Vorwürfe gegen einen sehr verdienten Finanzmann des Reiches erhoben, ohne daß er sich selbst verteidigen kann. Dieser Reichsschatzsekretär führt sein Amt, von der grundsätzlichen Ueberzeugung geleitet, daß keine Deroute in der Reichsfinanzverwaltung wie in früheren Jahren wieder eintreten darf. Ich übernehme seine Verteidigung hier sehr gern, wie ich stets jeden Beamten, der unter mir arbeitet, verteidigen werde.

Ich kann nicht zugeben, daß Schatzsekretär Kühn die Vorlage schlecht vertreten habe. Ich will ja nicht sagen, daß wir gegenüber der Regierungsvorlage einen guten Tausch gemacht haben, aber wir haben die Regierungsvorlage so lange vertreten, wie wir konnten. Ich könnte den Angriff zurückgeben: diejenige Partei, die sich jetzt über uns beklagt, hätte dann wenigstens von vornherein auch durch alle Stadien hindurch uns eine ganz andere Unterstützung geben müssen, als es die konservative Partei wirklich getan hat. (Sehr richtig! links.) Ich will keine Angriffe gegen die konservative Fraktion des Reichstages, die sich ja hier als solche nicht verteidigen kann, erheben, sondern nur die Sache richtigstellen, und da muß ich zugeben, daß mir neulich ein unrichtiges Wort unterlaufen ist, als ich davon sprach, die konservative Partei hätte die Regierungsvorlage als unannehmbar bezeichnet. Die Zeiten sind ja allerdings vorüber, wo eine Partei eine Regierungsvorlage sozusagen in Bausch und Bogen annehmen würde. Jede Partei würde glauben, eine capitis diminutio zu erfahren, wenn sie für gut erklärt, was die Regierung bringt. (Heiterkeit.)

Ich habe doch den Eindruck, daß die konservative Partei bei den damaligen Verhandlungen taktisch den Moment verpaßt hat, wo sie mit ihren Bedenken gegen die Regierungsvorlage zurückstehen und sich stramm an die Seite der Regierung stellen mußte. Das ist nicht geschehen. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, so hat noch in einer der allerletzten Sitzungen der Kommission der Abg. Dr. Oertel immer wieder hervorgehoben: Der Kardinalpunkt muß für uns bleiben, daß aus dem Sicherungsgesetz die Erbschaftssteuer herauskommt. Damit konnten wir gar nicht arbeiten. Wie kann denn eine Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, wenn seine einzige Partei sagt: Jawohl, hier gehen wir mit der Regierung.

Herr von Heydebrand hat mir dann den Vorwurf gemacht: Warum hast du den Reichstag nicht aufgelöst? (Zur. links: Zum Teufel gejagt!) Die Wehrvorlage und die Deckungsvorlage waren ein zu ernster nationaler Gegenstand, als daß ich ihn hätte taktisch behandeln können unter dem Gesichtspunkt: ergibt sich hieraus eine günstige Gelegenheit, durch eine Auflösung zu einem Reichstag zu kommen, der mir angenehmer ist. Dafür war die nationale Bedeutung der Angelegenheit zu stark. (Beifall links.) In welchem Moment sollte ich denn auflösen? Nach den Aeußerungen Herrn von Heydebrands in dem Moment, als sich ergab, daß die Regierungsvorlage für die Deckung nicht durchführbar wäre. Damals war die Wehrvorlage an sich gesichert. — Fraglich waren nur noch die drei Kavallerieregimenter, und um derewillen durfte man doch nicht auflösen —, gesichert waren auch die übrigen Steuern, mit Ausnahme eines nur verhältnismäßig geringen Betrages. Glauben Sie, daß ich das Verständnis des deutschen Volkes gefunden hätte, wenn ich sagte: alles andere ist sicher: die Soldaten sind sicher, das andere Geld ist sicher, nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag nicht. Hierüber kommt keine Einigung zustande, deswegen löse ich auf. Das wäre ein grober taktischer Fehler gewesen (Lebhafter Beifall links, Zurufe rechts.)

Der Beifall von der Linken ist sehr laut und sehr begreiflich. (Heiterkeit rechts. — Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Entschuldigen Sie nur!) Ausschlaggebend ist die taktische Situation nicht für mich gewesen, sondern lediglich die nationale. Wenn wir damals im Juni aufgelöst hätten, so stand fest, daß die Wehrvorlage am 1. Oktober vorigen Jahres nicht durchgeführt werden würde, daß zum mindesten ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahr verloren gewesen wäre. Herr v. Heydebrand schüttelt den Kopf. Auch diese Seite der Sache habe ich mir überlegt, denn es ist mir absolut klar, welche Verantwortung ich mit der Vermögenszuwachssteuer übernommen habe. Aber auf Grund der Beratungen mit den militärischen Stellen konnte ich die Entscheidung nicht länger hinausschieben. Wenn das deutsche Volk sich ermannt hatte, diese große Heeresvermehrung vorzunehmen und die enormen Mittel aufzuwenden, so konnte ich nicht sagen, diese Armeevermehrung, die absolut notwendig für die nationale Sicherheit ist, schiebe ich auch nur acht Tage auf. Das ist der Grund, weshalb ich so gehandelt habe.

Bei meinen Ausführungen hat mir lediglich daran gelegen, auch die Herren von der Rechten davon zu überzeugen, daß es lediglich ein Gefühl der Pflicht gewesen ist, daß mich in allen diesen Schritten geleitet hat, und ich bitte, daß das auch von Ihrer Seite anerkannt wird, und daß die schweren Lasten, die der einzelne Staatsbürger mit den neuen Steuern zu tragen hat, nicht erschwert werden dadurch, daß Sie mir immer Vorwürfe machen: es ist ein schlapper Staatsmann, er hätte es ja anders machen können und dann hättet Ihr weniger zu zahlen brauchen. (Zuruf rechts: Das hat ja niemand gesagt!) Ebensowenig habe ich mit meinen neulichen Ausführungen sagen wollen: die schlechten Konservativen sind es, die Ihnen diese neuen Steuern auferlegt haben. Sie haben eine ebenso schwere Verantwortung wie ich, und das gilt nicht nur für die konservative Partei, sondern auch für jede andere Partei hier im Hause — zu den Herren auf der äußersten Linken habe ich ja noch keine Beziehungen gehabt. (Heiterkeit; Zuruf b. d. Soz.: Vielleicht brauchen Sie uns noch! Elsaß-Lothringen!) Aber wenn wir uns in dem Verhalten der einzelnen Parteien zur Regierung immer dessen bewußt bleiben, daß wir beiderseits lediglich im Verantwortungsgefühl das Beste des Landes zu fördern verfolgen, dann werden wir auch bei den heftigsten sachlichen Differenzen nie in Zustände kommen, die, wie in den gegenwärtigen ernsten Tagen und Zeiten das Vaterland gefährden können. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Wolma (Freikons.):

Der Ministerpräsident irrte sich, als er annahm, die welfische Partei wurde ihren Traum jetzt ausgeträumt haben. Die Partei wird nach wie vor weiter bestehen. Damit müssen wir uns abfinden, die Behörden müssen demgegenüber eine eiserne Ruhe bewahren. Sie können dies auch, weil die deutsch-hannoversche Partei seit 57 Jahren niemals den Boden der Gesetzlichkeit verlassen hat. Der eigentlich Schuldige in dem Fall Zabern ist hier noch nicht genannt worden. Ich will ihn nennen. Es ist die Presse. Was hier bis in die Reihe der sogenannten anständigen Blätter hinein geleistet, ist ein Mangel an politischem Scharfsinn und nationalem Instinkt, das ist noch nicht dagewesen. Die Attacke, die hier gegen das Herrenhaus gerichtet ist, kann ich nicht billigen, die Aeußerungen eines einzelnen Mitgliedes rechtfertigen noch nicht so scharfe Angriffe, wie sie hier gefallen sind. Allerdings will auch ich nicht alles billigen, was im Herrenhause gesagt worden ist. Ich bitte den Handelsminister, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Reichsbankausschuß auch die Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft hinzugezogen werden, dies ist namentlich im Hinblick auf den hohen Bankdiskont nötig. Die Angriffe der Sozialdemokraten gegen unsere Justiz sind ganz hinfällig. Die Sozialdemokraten werden von den Gerichten in keiner andern Weise behandelt wie jeder andere Staatsbürger.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

Man hatte erwartet, daß die Konservativen einen scharfen Vorstoß gegen den Reichskanzler richten würden, aber dies ist nicht geschehen. Die Rede Herrn von Heydebrands klang beinahe so, als wenn er hätte sagen wollen: „Theobald kehre zurück! es ist dir alles verziehen.“ (Heiterkeit.) Aus dem erwarteten crescendo ist ein decrescendo geworden. Heute stellen es die Konservativen so dar, als ob auch sie für die Erbschaftssteuer gewesen wären. Ja, warum haben Sie das nicht früher gesagt? Dann wären uns alle die Kämpfe erspart geblieben. Die Vermögenszuwachssteuer hat gewiß auch ihre Mängel, aber sie hat auch den Vorteil, daß sie die besitzenden Klassen heranzieht. Und es ist doch nicht mehr als gerecht, daß auch die Klassen, die das Heer in erster Linie schützen soll, zu den Lasten des Heeres beitragen.

Für die Herren, die immer nach einer Verstärkung unserer Rüstung schrien, heißt es jetzt, nicht nur den Mund, sondern auch die Hand aufzumachen. Was bliebe uns denn anders übrig als die Besitzsteuer? Die indirekten Steuern konnte man angesichts der herrschenden Teuerung nicht noch mehr erhöhen. Nun sagen die Konservativen, wenn das Reich so in die Steuerrechte der Einzelstaaten eingreife, könnten diese ihre Kulturaufgaben nicht erfüllen. Das wagen Sie zu sagen in einem Augenblicke, wo wir einen Etat beraten, der geradezu von Gesundheit strotzt! Die Konservativen sprechen von Machtgelüsten und Machterweiterungen des Parlaments, wo Mißtrauensvoten des Parlaments die Stellung eines Ministers befestigen! Wir wollen allerdings eine Machterweiterung des Parlaments, denn die heutige Zeit fordert gebieterisch ein starkes, gesetzestreues Parlament. Im Verein deutscher Studenten überbot man sich neulich an Invektiven gegen den Reichstag, man sang dort die Lieder: „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Man vergaß aber ganz dabei, daß die beiden Verfasser dieser Lieder, Hoffmann von Fallersleben und Arndt in Preußen gemaßregelt worden sind.

Wie ist Fürst Bismarck seinerzeit von den Konservativen angegriffen worden; auch er hat sich wiederholt scharf gegen den preußischen Partikularismus ausgesprochen. Fürst Bismarck ist doch nur deshalb ein großer Mann geworden, weil er mit liberaler Hilfe das Deutsche Reich gegründet hat. Wir sind nicht preußenfeindlich, wir wollen nur Preußen von dem Rufe der Rückständigkeit befreien, in den es durch die Herrschaft einer Klasse geraten ist, die heute wirtschaftlich nicht mehr das bedeutet wie früher. Die Konservativen bekämpfen die elsaß-lothringische Verfassung; aber erst diese Verfassung hat es bewirkt, daß die Elsaß-Lothringer nicht mehr Bürger zweiter Klasse sind. „Der ganze Reichstag paßt uns nicht!“ Das war der Grundton der konservativen Reden. Sie (zu den Konservativen) wollen den Reichstag am liebsten zum Teufel jagen! Daß der Reichskanzler diesen Bestrebungen entgegengetreten ist, das rechnen wir ihm als politische Tat an.

Das Wort Herrn v. Heydebrands zu den Sozialdemokraten: Machen Sie doch Ernst mit Ihrer Revolution! offenbart so recht die Grundanschauung der Konservativen. Hier sind die Konservativen die stärkste Partei, 148 Mann, im Reichstag sind es nur 43, genau so viel wie wir. Der Unterschied ist nur, daß wir vorwärtsschreiten, während Sie zurückgegangen sind. (Lachen rechts.) Ihre Macht in diesem Hause beruht nur auf dem preußischen Wahlrecht, aber Preußens Wahlrecht ist Preußens Unglück. Trotz all der verschiedenen Anschauungen über das Wahlrecht wird eine Einigung hier doch möglich sein, da für die direkte und die geheime Wahl eine Mehrheit vorhanden ist. Also einigen wir uns, damit wenigstens ein Fortschritt erzielt wird. Der Osten darf bei der Wahlreform allerdings nicht mehr so begünstigt werden, denn wir sind aus dem Agrarstaat ein Industriestaat geworden. Und das ist ein Glück, denn der Agrarstaat könnte unsere Rüstungen gar nicht mehr bezahlen. Ich verstehe nicht, wie ein Mann von der Bedeutung Herrn von Heydebrands sagen kann: die Capriviischen Handelsverträge hätten die Landwirtschaft ruiniert. Jede statistische Zahl widerlegt diese ungeheuerliche Behauptung. Wir wollen durchaus keinen Eingriff in die Kommandogewalt, wir verlangen nur, daß die Rechtsbegriffe sich nicht verwirren, daß auch der Offizier Achtung vor der Majestät des Gesetzes hat. Eine Kabinettsorder, die vor der konstitutionellen Zeit erlassen ist, die mit dem Geist und Sinn des Artikels 36 der Verfassung in Widerspruch steht, kann nicht zu Recht bestehen.

Den Fall Jagow zu erwähnen, dazu hatten wir durchaus die Befugnis, da die Volksvertretung das Recht hat, die Verwaltung auf allen Gebieten zu kontrollieren. Was wäre wohl einem Beamten passiert, der es in der Weise gewagt hätte, einen höheren Beamten zu kritisieren. Wie werden in ähnlichen Fällen Volksschullehrer gemaßregelt. Nur hier, wo es sich um Herrn von Jagow handelt, geschieht nichts. Herr Schiffer hat es versucht, die Kluft zwischen den Anschauungen des Herrn Röchling und der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu überbrücken. Es ist ihm nicht gelungen. „Alles ist kaputt!“ sagte Herr von Calker, das war die Anschauung der Reichstagsfraktion. Man vergißt bei der Beurteilung des Falles ganz, daß all das Unheil nicht entstanden wäre, wenn man den jungen Leutnant rechtzeitig beurlaubt hätte. Ich hoffe, daß die Nationalliberalen im Reichstage uns unterstützen werden, um mit den Verordnungen aufzuräumen, die den Anlaß zu all den Mißverständnissen gegeben haben. (Beifall links.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Schiffer (Natl.) persönlich:

Ich habe in meiner Rede einige Ausführungen gemacht, die auf der Annahme beruhten, Herr von Heydebrand habe geäußert, daß der Reichskanzler den Reichstag hätte zum Teufel jagen sollen. In dieser Art hat sich jedoch Herr von Heydebrand nach dem mir vorliegenden Stenogramm nicht ausgesprochen; er hat vielmehr von einer Strömung im Volke gesprochen, die den Reichstag, wenn er nicht alles bewilligt hätte, zum Teufel gejagt haben würde. Insoweit sich die Annahme, von der ich ausging, als irrtümlich erwies, entfallen natürlich auch die von mir daran geknüpften Bemerkungen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die ganze Debatte hat sich im Grunde um die Sozialdemokratie gedreht. (Stürmische Heiterkeit.) Durch den Schluß der Debatte bin ich leider verhindert, den Herren den Dank für das vorzügliche Agitationsmittel auszusprechen.

Der Etat geht an die Budgetkommission.

Sonnabend 11 Uhr: Wohnungsgesetz.

Schluß nach 4½ Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

191. Sitzung, Donnerstag, den 15. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Caspar

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Eine neue Interpellation über Zabern.

Eingegangen ist folgende Interpellation v. Payer (Volksp.):

In dem Strafverfahren gegen den Oberst von Reuter aus Zabern wegen unbefugter Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung hat der Angeklagte — anscheinend unter Zustimmung des Kriegsgerichts — sich darauf berufen, daß nach Vorschriften, welche für das preußische Kontingent der deutschen Armee in Geltung seien, ein Militärbefehlshaber berechtigt sei, ohne Requisition der Zivilbehörden die polizeiliche Gewalt an sich zu nehmen, ohne daß der Belagerungszustand verhängt ist und ohne daß die Zivilbehörde durch äußere Umstände außer Stand gesetzt ist, militärische Hilfe zu requirieren. Oberst v. Reuter hielt sich nach seiner Aussage auf Grund dieser Dienstvorschriften für berechtigt, ohne von der Zivilbehörde ersucht zu sein, am 28. November 1913 die öffentliche Gewalt in Zabern an sich zu nehmen, einen öffentlichen Platz und eine Straße durch das Militär räumen zu lassen, zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen und die Verhafteten bis zum anderen Vormittag in Haft zu behalten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den dringenden und beständigen Gefahren zu begegnen, welche sich aus dieser Sachlage für die persönliche Sicherheit der Bevölkerung, für das Ansehen der Zivilbehörden, aber auch der Armee, und für die Verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen der persönlichen Freiheit ergeben, und um die in Elsaß-Lothringen eingetretene lebhafte Beunruhigung der Bevölkerung zu beheben.

Präsident Dr. Kaempf:

Auf unserer Tagesordnung steht an erster Stelle die Interpellation Albrecht über Zabern. Das Haus ist wohl damit einverstanden, wenn ich auch gleich bezüglich dieser Interpellation von Payer an den Stellvertreter des Reichskanzlers die Anfrage richte, ob und wann die Interpellationen beantwortet werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Der Reichskanzler wird sich wegen des Termins mit dem Präsidenten verständigen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

(Erste Lesung.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar:

Die Vorlage soll im Rahmen eines Gesetzes eine Anzahl jetzt geltender Bestimmungen zusammenfassen, die die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe regeln. Die Meinungen sind geteilt, wie weit eine Beschränkung der allgemeinen Sonntagsruhe notwendig ist. Eine allgemeine Regelung ist nur soweit möglich, als die entsprechenden Vorschriften überall durchgeführt werden können. Es wird sich fragen, wie weit das für das Handelsgewerbe möglich ist. Die völlige Sonntagsruhe lehnen die Geschäftsinhaber ab, die in den Einnahmen des Sonntags einen wesentlichen Teil ihrer Gesamteinnahmen finden müssen, und andererseits die ländliche Bevölkerung, die nur am Sonntag diese wirtschaftlichen Interessen befriedigen kann. In ihren Gegensatz zu den Wünschen der Angestellten sucht die Vorlage einen Ausgleich zu schaffen.

Abg. Bender (Soz.):

Der kümmerliche und unzulängliche Gesetzentwurf hat vollkommen enttäuscht. Mit der Gesundheit und den Kräften der Angestellten ist der allerschlimmste Raubbau getrieben worden. Bisher sind alle Anregungen des Reichstages in den großen Papierkorb der Regierung verschwunden. Dem sozialpolitischen Eifer des Reichsamtes des Innern kann in dieser Frage kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die Regierung arbeitet eben nur im Interesse der besitzenden Klassen. Sie bleibt jetzt sogar hinter ihren früheren Vorschlägen und namentlich hinter den Vorschriften verschiedener Gemeinden zurück. Auch die Beschäftigung jüdischer Handelsangestellter am Sonntag sollte nicht gestattet werden. Auch die Angestellten in Theatern, Vergnügungslokalen und in Apotheken haben einen Anspruch auf Erholung. Geht das am Sonntag nicht, so müssen sie in der Woche eine 36stündige Ruhepause erhalten. Warum verbietet die Regierung nicht die Sonntagsarbeit in den Kontoren? Heute ist die Sonntagsruhe schon in vielen Städten für die Kontore vollkommen durchgeführt. Es ist also bewiesen, daß das ganz gut geht, ohne daß das Handelsgewerbe dabei leidet. Denn nirgends werden Klagen darüber laut. Die Sonntagsarbeit macht den Arbeiter kurzlebig.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir waren schon immer wahre Freunde der Sonntagsruhe gewesen. Schon zu einer Zeit, als noch alle anderen Parteien dagegen waren. Als 1878 die Einführung der Sonntagsruhe noch mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde, schrieb selbst die „Kölnische Zeitung“: Nun hat er gesunde Menschenverstand mit einer Stimme Mehrheit gesiegt. Seitdem ist es besser geworden. Die Sonntagsruhe in der Industrie müßte schon am Sonnabend um 6 Uhr abends beginnen, damit statt der jetzigen 24stündigen eine 36stündige Ruhezeit eintritt. Leider bezieht sich das Gesetz nur aufs Handelsgewerbe. Einen ungünstigeren Zeitpunkt zur Einbringung des Gesetzes konnte sich die Regierung wohl nicht aussuchen. (Sehr gut!) Der Grundfehler der Vorlage ist, daß sie alles nach der Schablone regelt. (Sehrrichtig!) Das ist wieder die große Dampfwalze, die über alle Gaue des Vaterlandes rollt und alles glatt machen will. Alles wird nach dem Berliner Blick beurteilt. (Sehr wahr!) Wenn ich Staatssekretär wäre... (Heiterkeit). Im Herrenhause fürchtet man ja schon das parlamentarische Regime. Aber wenn jemand aus diesem Hause einmal Minister wird, dann muß er zu der kleinen aber mächtigen Partei auf der äußersten Rechten gehören. (Sehr richtig!) Aber wenn ich Staatssekretär wäre, dann ließe ich nicht einen Geheimrat an so einer Vorlage hier in Berlin herumdoktoren, sondern dann schickte ich ihn hinaus aufs platte Land zu den Bauern und kleinen Gewerbetreibenden, damit er dort die praktischen Verhältnisse kennen lernt. Dann wäre die Vorlage besser, klüger und mehr den Verhältnissen angepaßt. (Sehr richtig!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140116013/fragment/page=0003

Wenn wir jetzt einmal, jeder vorsorgende Rat müßte ein Mittelgut oder eine Fabrik haben. Damals waren solche Räte noch Narrhäen. Heute würden die Rittergüter nicht ausreichen. (Heiterkeit.) Das Gesetz würde sehr bittere Folgen haben, die wir uns wohl überlegen müssen. Die sozialdemokratische Forderung der völligen Sonntagsruhe würde den glatten Ruin zahlreicher Familien des kaufmännischen Mittelstandes zur Folge haben. (Zuruf der Soz.: Unsinn!) Das ist unerhört, aber bei Ihnen nimmt man das nicht so genau! (Beifall.) Die Einnahmen am Sonntag machen für viele Gewerbetreibende nicht den siebenten, sondern den vierten Teil der Wocheneinnahme aus, in manchen Gegenden sogar 80 Proz. Mit der völligen Sonntagsruhe würde man nur die großkapitalistischen Unternehmer stärken. Der Hausierhandel würde gewaltig zunehmen. Darum ist ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit für uns nicht annehmbar. (Lärm der Soz. und Zurufe: Das christliche Zentrum!) Darauf antworte ich Ihnen mit den Worten des Stifters des Christentums: Ach, Ihr Heuchler! (Lebh. Zustimmung im Zentr.) Der Mittelstand erwartet jetzt tatkräftige Hilfe, und mit Recht. Und da kommt man mit einer Vorlage, die die Einnahmen des Mittelstandes vermindern muß. Wir hoffen, daß der Hansa-Bund uns unterstützt. (Lachen rechts.)

O, der Hansabund ist doch entwicklungsfähig. (Lachen rechts.) Mit der Erweiterung der Sonntagsruhe müssen wir schrittweise vorgehen. Die Regierungsvorschläge sind nicht zweckmäßig. Die Arbeitszeit sollte nach der Einwohnerzahl der Gemeinden festgesetzt werden. Die Beschäftigung selbständiger Juden an den Sonntagen müßte gestattet sein, allein schon, um den Christen in denselben Geschäften ihre Sonntagsruhe zu ermöglichen. Die betreffende Bestimmung des Gesetzes ist übrigens in einem Deutsch verfaßt, daß man glauben sollte, sie sei aus dem Hebräischen übersetzt. (Heiterkeit.) Eine Statistik über die Sonntagsarbeit der Kellner wäre sehr dankenswert. Der Polizeipräsident von Berlin, der jetzt nach Beendigung der Affäre Zabern Zeit dazu hat, (Heiterkeit) sollte eine solche für Berlin und seine Vororte anstellen. Die Vorlage muß in der Weise umgestaltet werden, daß die Sonntagsruhe möglichst ausgedehnt wird.

Abg. Dr. List (Natl.):

Der Gedanke der Sonntagsruhe ist in der Entwicklung begriffen. Soweit allerdings, wie die Sozialdemokratie will, daß die vollkommene Sonntagsruhe eingeführt wird, können wir nicht gehen. Eine Revision der ganzen Gewerbeordnung würde sich empfehlen, um ihr eine authentische und übersichtliche Fassung zu geben. Es wäre dann möglich, Betriebe, die jetzt noch nicht der Gewerbeordnung unterliegen, mit hineinzuziehen. Dabei ist ein besonderes Gesetz über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wohl möglich. In diesem ist Sonntagsarbeit die Regel, während sie in anderen gewerblichen Betrieben Ausnahme ist. Die Herabsetzung der Sonntagsarbeit in den offenen Handelsgeschäften ist zu begrüßen, aber ihre gänzliche Abschaffung ließe sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen. Die Praxis würde die Theorie sehr bald umstoßen. (Sehr richtig!) Ein Gegensatz zwischen den Verbänden der Angestellten und Prinzipale war natürlich gegeben, aber es ist nicht richtig, daß die Vorlage einzig und allein Rücksicht auf die Unternehmer nimmt. Sie hat einen an sich richtigen Mittelweg eingeschlagen. Die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles des Handelsstandes ist noch nicht derart, daß er auf die Sonntagseinnahme verzichten könnte. Wir sind auf einen Kompromiß zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes angewiesen. Der Kompromiß kann nicht nach einer Schablone gestaltet werden, sondern muß Rücksichten auf einzelne und besondere Verhältnisse nehmen.

In kaufmännischen Betrieben ohne offene Verkaufsstellen läßt sich eine vollkommene Sonntagsruhe sehr gut durchführen. In den andern darf die Arbeit nicht durch Pausen unterbrochen sein, höchstens durch den Gottesdienst. Vielleicht läßt sich auch eine Stunde festsetzen, in der sie spätestens beendet sein muß. Der Ausnahmebestimmung über gesetzestreue Juden können wir sehr wohl beitreten. Es kommen für sie verhältnismäßig wenig Geschäfte in Betracht. Die Prokuristen können vielfach wie Prinzipale angesehen werden, die besondere Behandlung ihrer Stellung ist also durchaus gerechtfertigt. In der Auswahl der Behörden, die zum Eingreifen berechtigt sein sollen, geht der Entwurf zu weit. Zum mindesten sollten die beteiligten Kreise gehört werden. Ebenso soll das Gesetz auf die Besonderheiten der Verhältnisse im Deutschen Reich Rücksicht nehmen. (Beifall.)

Abg. v. Carmer-Zieserwitz (Kons.):

Es ist erfreulich, daß die ganze Materie der Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit jetzt in einem Gesetz einheitlich geregelt wird. Sechzig Städte haben bereits die volle Sonntagsruhe eingeführt, z. B. Königsberg (Pr.), Mannheim, München, Offenbach. Allerdings werden damit unverhältnismäßige Ansprüche an die Wochenarbeit gestellt. In den Landstädten ist der Kaufmann aber hauptsächlich auf die Landbundschaft, d. h. auf den Sonntagsverkauf angewiesen. Die Konkurrenz der Waren- und Kaufhäuser, die jetzt sogar in Automobilen auf die Wanderschaft gehen, schädigt ihn ebenfalls sehr schwer. Ein Verbot der Sonntagsarbeit würde die Bevölkerung dem schädlichen Hausierhandel in die Arme treiben. Die Kirchenzeit ist unter allen Umständen freizuhalten. Dem sogenannten Judenparagraphen stehen wir sympathisch gegenüber. Die Opfer, die das orthodoxe Judentum seinem Bekenntnis bringt, sind durchaus achtungswert.

Abg. Gunßer (Ztr.):

Die Wünsche der Angestellten, einmal in der Woche ausspannen, sind durchaus berechtigt. Ihnen trägt der Entwurf Rechnung. Tausende und Abertausende selbständiger Geschäftsinhaber haben sich für Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses ausgesprochen. Die Ladeninhaber widersetzen sich der vollen Sonntagsruhe nicht aus Uebelwollen gegen ihre Angestellten, sondern unter dem Zwang der wirtschaftlichen Lage. Ihre berechtigten Wünsche sollen auch anerkannt werden. Die gegebenen Verhältnisse sprechen hier sehr nachdrücklich mit. Die offenen Geschäfte können auf die Sonntagseinnahme nicht verzichten. Die berechtigten Forderungen des wirtschaftlichen Lebens können nicht vernachlässigt werden. Gegen die Ausnahmestellung jüdischer Angestellter habe ich doch einige Bedenken, sie würde eine Bevorzugung jüdischer Geschäfte bedeuten und den Antisemitismus wieder aufleben lassen. Ihre Kontrolle ist überhaupt nicht durchzuführen. In diesem Zeitpunkt sind mit Rücksicht auf die Lebens- und wirtschaftlichen Interessen des Gewerbestandes nicht alle Wünsche zu erfüllen. Den Entwurf halten wir für eine brauchbare Unterlage.

Abg. Dombeck (Pole):

Der sozialpolitische Fortschritt kann nur schrittweise erfolgen, darf keinen Sprung ins Dunkle bedeuten. Auf dem Lande läßt sich die volle Sonntagsruhe nicht durchführen.

Abg. Wermuth (Rp.):

Die Handelsangestellten haben eine rege Agitation für die volle Sonntagsruhe eingeleitet und dabei auch behauptet, daß sie selbst von den meisten Prinzipalen gewünscht wird. Das ist aber nicht der Fall. In den kleinen Städten bedeutet die volle Sonntagsruhe für die Geschäfte den Ruin. Man sollte deshalb die kleinen Städte unter 100 000 Einwohner anders stellen als die Großstädte.

Morgen Fortsetzung.

Deutsches Reich.

Die Olympischen Spiele in der Budget-Kommission. Bei der Debatte über die von der Budget-Kommission des Reichstages abgelehnte erste Rate für die Durchführung der Olympischen Spiele erhob der Zentrumsredner erhebliche Bedenken gegen die Forderung, zumal es fraglich sei, ob der Reichstag zuständig sei und nicht in die Rechte der Einzelstaaten eingreife. Ein sozialistischer Abgeordneter wies darauf hin, daß an diesen Spielen nur gutsituierte Vereine teilnehmen könnten. Regierungskommissar Freiherr v. Stein erwiderte, es handle sich um ein internationales Unternehmen, zu dem auch die Einzelstaaten beisteuerten, so Preußen 100 000 Mark. Staatssekretär Dr. Delbrück legte dar, ein Eingriff in die Budgetrechte des Reichstages liege nicht vor. Schweden habe zu den Spielen 146 900 Mark gewährt, im Verhältnis also erheblich mehr, als der Ansatz des Reichsbudgets vorsehe. Hier komme das Ansehen des Deutschen Reiches in Betracht. Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei äußerte ebenfalls budgetrechtliche Bedenken, trat aber dafür ein, daß eine gewisse Verpflichtung vorliege, die Spiele finanziell zu unterstützen. Die Redner der Konservativen und Nationalliberalen befürworteten ebenfalls die Bewilligung eines Reichszuschusses. — Die Abstimmung ergab die bereits gemeldete Ablehnung.

Mindestlöhne für Heimarbeiter. Die Stadt Frankfurt a. M. hat einen bemerkenswerten Versuch gemacht, die Löhne der Heimarbeiter zu regulieren. Sie hat nämlich eingeführt, daß alle Lieferungen, die von der Stadt aus an Unternehmer vergeben werden, damit sie in Heimarbeit angefertigt werden, nur solchen Bewerbern zugesprochen werden dürfen, welche die von der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle festgesetzten Mindestlöhne zahlen. Die Einhaltung der Mindestlöhne wird von der Stelle selbst kontrolliert.

Parteinachrichten.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Jerichow I und II machen die Sozialdemokraten die gewaltigsten Anstrengungen, um sich in der Stichwahl zu behaupten. Charakteristisch für die Agitation der Sozialdemokraten sind die Reden des Reichstagsabgeordneten Genossen Brandes, der in seinem Zivilverhältnis Gewerkschaftssekretär in Magdeburg ist. Er verschweigt natürlich sorgfältig das eigene Programm der Sozialdemokratie und stellt sich so, als wenn seine Partei auch für die kleinen Bauern, die kleinen Handwerker und Geschäftsleute tätiges Interesse hätte, während doch genau das Gegenteil der Fall ist und führende Sozialdemokraten mehr als einmal den Bauern, den Handwerkern und Kaufleuten den Untergang prophezeit resp. angedroht haben. Aber dem Genossen Brandes ist das gleichgültig, wenn er nur mit seinen Flunkereien Stimmen fängt. Auch sonst erzählt dieser Herr seinen Zuhörern allerlei anmutige Märchen; beispielsweise erklärt er, dem Einfluß der Sozialdemokraten im Reichstage sei es zu verdanken, daß wir jetzt einheitlich große Wahlurnen besitzen. Von diesem Einfluß der Sozialdemokraten hat man aber im Reichstage selbst nichts bemerkt. Richtig ist, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag auf Einführung von einheitlichen Wahlurnen eingebracht hat. Aber von der Fortschrittlichen Volkspartei ist dasselbe geschehen, wie denn überhaupt die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch entsprechende Wahlurnen nur bei den Konservativen Widerstand gefunden hat.

L. C. **Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages** trat, wie wir hören, am Dienstag eine Stunde vor der Wiedereröffnung der Plenarverhandlungen zu einer Sitzung zusammen und unterzog hierbei die Zaberner Angelegenheit einer längeren Erörterung. Definitive Beschlüsse über das weitere Vorgehen der Fraktion sind einer zweiten Fraktionssitzung vorbehalten.

Kommerzienrat C. Crämer in Sonneberg, der Vorsitzende des dortigen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei, hat soeben seinen 70. Geburtstag gefeiert. Wir bringen dem verdienstvollen Parteifreunde, der zu den ersten fortschrittlichen Führern Thüringens gehört und Mitglied des Meininger Landtages ist, unseren herzlichsten Glückwunsch dar.

Der Deutsche Kurier. Der Chefredakteur des neugegründeten nationalliberalen „Deutschen Kuriers" v. Reisner hat aus Gesundheitsrücksichten die Chefredaktion am 12. Januar niedergelegt. Die Redaktionsleitung übernimmt vertretungsweise der innerpolitische Redakteur Hans Schack.

Rittergutsbesitzer Rogalla v. Bieberstein-Rojoggen, Mitglied des Herrenhauses und des ostpreußischen Provinziallandtages, ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

Ausland.

England sucht Soldaten durch — Inserat.

London, 15. Januar.

Das Kriegsamt hat sich entschlossen, zur Anwerbung von Rekruten für die reguläre Armee sich der Zeitungsanzeige zu bedienen. Die heutigen Zeitungen enthalten eine Anzeige, die eine ganze Seite einnimmt und in der zum Eintritt in das Heer aufgefordert wird.

Offenbar hapert es also sehr an Söldnern jenseits des Kanals!

Admiral Graf Ito †. Im Alter von mehr als 70 Jahren ist der Admiral der japanischen Flotte Graf Ito gestorben. Er war einer jener Männer, die an der Umwandlung des alten japanischen Feudalstaates in ein modernes Staatswesen nach europäischem Muster mitgearbeitet haben. Noch in der Tokugama-Zeit war er Schüler der Marineschule. 1868 trat er in die Kriegsmarine ein, deren allmählicher Aufschwung sich an den von ihm innegehabten Kommandos verfolgen läßt. Im Bürgerkrieg von 1877 kommandierte er ein Schiff. Im Kriege mit China siegte die japanische Flotte unter seiner Leitung. Ein japanischer Ausspruch kennzeichnet sein damaliges Wirken mit den Worten: Was später im russischen Kriege Togo gewesen ist, war damals vor dem Yalu Ito. Kürzlich erst ist Graf Ito zum Großadmiral der japanischen Flotte ernannt worden. Er war Mitglied des obersten Kriegsrates. In Japan war er eine ziemlich bekannte und markante Persönlichkeit, in Marinekreisen sehr geschätzt. Mit dem ermordeten Fürsten Ito stand er nur in entfernten verwandtschaftlichen Beziehungen.

Die Angestellten der portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind in den Ausstand getreten. Der Eisenbahnverkehr ist dadurch lahmgelegt.

General Liman von Sanders. Dem Leiter der deutschen Militärmission in der Türkei Liman von Sanders ist vom Kaiser der Charakter als General der Kavallerie verliehen worden. Gleichzeitig ist Liman von Sanders zum türkischen Feldmarschall ernannt worden.

Letzte Depeschen.

Das Urteil gegen v. Reuter, Schadt und v. Forstner rechtskräftig.

Straßburg, 15. Januar.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Gerichtsherr auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision gegen das freisprechende Urteil des Kriegsgerichts verzichtet. Das Urteil gegen den Obersten von Reuter, Leutnant Schadt und von Forstner hat damit seine Rechtskraft erlangt.

Die elsässische Kammerresolution angenommen.

Straßburg i. E., 15. Jan.

Die Kammer hat die Resolution einstimmig angenommen.

Vom Streik in Südafrika.

Kapitulation der Gewerkschaftshalle.

Johannesburg, 15. Januar.

Nachdem die Regierung die in der Gewerkschaftshalle Eingeschlossenen davon verständigt hatte, daß sie zu schärferen Maßregeln greifen werde, wenn die Streikenden sich nicht ohne Widerstand ergäben, kapitulierte die Gewerkschaftshalle bedingungslos. Der Streikführer Bain und zehn andere hervorragende Führer der Ausstandsbewegung wurden verhaftet.

Abflauen des Eisenbahnerstreiks.

Johannesburg, 15. Januar.

Der Ausstand der Eisenbahnangestellten läßt nach. 250 Mann haben die Erlaubnis nachgesucht, die Arbeit im Bezirk Braamfontain wieder aufnehmen zu dürfen.

Bombenattentat.

Johannesburg, 15. Januar.

In Benoni wurde gestern aus einer Querstraße eine Bombe in eine vorüberreitende Polizeiabteilung geworfen. Die Polizisten drangen sofort in die Querstraße ein, doch waren die Täter verschwunden. Drei Polizisten und mehrere Pferde wurden leicht verwundet. 40 Personen wurden verhaftet.

Die farbigen Hafenarbeiter streiken.

Kapstadt, 15. Januar.

500—700 farbige Stauer, die bei privaten Firmen angestellt sind, sind in den Ausstand getreten und verlangen eine Lohnerhöhung und achtstündige Arbeitszeit. Der Schiffsdienst ist bisher wenig gestört, da die Besatzungen mit Hilfe arbeitswilliger Leute die Arbeit der Stauer verrichten, doch erleidet die Arbeit Verzögerungen.

Das neue französische Armeekorps.

Epinal, 15. Jan.

Die Bildung des 21. Armeekorps ist nun amtlich erklärt. General Legrand hat das Kommando übernommen.

Ein Fehlbetrag im Staatsbudget.

Madrid, 15. Jan.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist im Budget für 1913 ein Fehlbetrag von 20 Millionen Pesetas entdeckt.

Die Letzten vom „Cobequid".

St. John, 15. Jan.

Der Kapitän und elf Mann vom „Cobequid", die während der Nacht auf dem Wrack geblieben waren, haben sich heute morgen von einem Dampfer aufnehmen lassen und sind hier eingetroffen.

Vermischte Drahtnachrichten.

Der Herzog von Braunschweig als Gast des Kaisers. Aus Berlin, 15. Jan., schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Se. Königl. Hoheit der Herzog von Braunschweig wird am Freitag in Berlin als Gast unseres Kaiserpaares feierlich empfangen. Wenige Monate erst sind verflossen, seit mit dem Regierungsantritt Herzog Ernst Augusts sich der Wunsch der Braunschweiger erfüllt hat, an der Spitze ihres Staates einen angestammten Fürsten zu sehen. Schon in dieser kurzen Zeit hat sich der junge Landesherr mit seiner hohen Gemahlin die Herzen des braunschweigischen Volkes erobert. Mit einem rückhaltslosen Bekenntnis der Treue gegen Kaiser und Reich hat er seinen Platz in der Reihe der deutschen Bundesfürsten eingenommen. Freundliche Gesinnungen und herzliche Wünsche grüßen den Gemahl der einzigen Tochter Kaiser Wilhelms bei seinem Besuch in der Reichshauptstadt.

Die Bedeutung des Grafen Ito für Japan. Aus Berlin, 15. Januar, schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung.": Die japanische Marine hat durch den Tod des Grafen Ito ihren Großadmiral verloren. Die glänzende Laufbahn des Verstorbenen hängt mit der Entwickelung der japanischen Flotte zur Seewehr eines modernen Großstaates zusammen. Graf Ito hat seinem Vaterlande Dienste geleistet, deren Gedächtnis aus der Geschichte Japans nicht verschwinden wird. Ueber die Grenzen seiner Heimat hinaus genoß Graf Ito in Marinekreisen Ansehen und Wertschätzung.

Briand, Präsident der Linken. Aus Paris, 15. Jan., meldet man: Aristide Briand ist einstimmig zum Präsidenten der Vereinigung der Linken gewählt worden. Zu Vizepräsidenten wurden Louis Barthou, Millerand und Klotz, zum Generalsekretär Théron gewählt.

Marquis de Polavieja †. Aus Madrid, 15. Jan., wird telegraphiert: Generalkapitän Marquis de Polavieja ist plötzlich gestorben.

Erdstöße. Aus Livorno, 15. Jan., wird gemeldet: In der vergangenen Nacht wurden mehrere Erdstöße wahrgenommen, die gegen Ende stärker waren. Schaden wurde nicht angerichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140116013/fragment/page=0004